

„Sexualität unbehindert leben - Rechte, Wirklichkeiten, Forderungen“

Ein Interview von Christine Kanz mit Kathrin Brönstrup und Frank Herrath

2013 erschien „Sexualität leben ohne Behinderung“ im Kohlhammerverlag und galt bis heute als Standardwerk zum Thema „Sexualität und Behinderung“.

Schon vor 11 Jahren war deutlich, dass sich seit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonventionen durch die Bundesregierung im Jahr 2009 für die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderung nicht sehr viel ereignet hat – schon mal gar nicht hinsichtlich selbstbestimmten sexuellen Lebens. Über zehn Jahre, und drei Staatenprüfungen mit beschämenden Ergebnissen später ein guter Grund für Frank Herrath, gemeinsam mit Kathrin Brönstrup das Nachfolgewerk „Sexualität unbehindert leben - Rechte, Wirklichkeiten, Forderungen“ herauszugeben. Hierzu ein Interview von Christine Kanz mit den beiden Herausgebenden.

Was war die Motivation, erneut ein Buch zum Thema Sexualität und Behinderung herauszugeben?

Frank Herrath:

Ähnlich der Bilanz der Inklusionserfolge insgesamt ist die der Verbesserung sexueller Gleichachtung im Besonderen ernüchternd schwach – dies muss weiterhin eindrücklich dargestellt werden. Gleichzeitig engagieren sich zunehmend Fachpersonen und Aktivist*innen mit und ohne Behinderung für die selbstverständliche Akzeptanz von für alle gesellschaftlich verabredeten Rechten und werden nicht müde, ihre vielfältigen Erfahrungen mit Ignoranz, Missachtung, Diskriminierung, Paternalismus und Fremdbestimmung zu äußern. Diesen Wirklichkeitschilderungen und Veränderungsforderungen wollten wir eine Plattform bieten – in neuerlicher Zustandsbeschreibung für 2024.

Was sind die Unterschiede zum Vorgänger?

Kathrin Brönstrup:

Behinderung ist nicht gleich Behinderung und Sexualität nicht gleich Sexualität. Diese Vielfalt können wir im aktuellen Buch noch besser deutlich machen, als es 2013 gelang. Wir konnten für die „neuen“ Themen fachkundige Autor*innen finden, während einige aus dem Vorgängerbuch einen aktuellen Blick auf ihr jeweiliges Thema geworfen haben. Julia Zinsmeister z.B. hat zwei umfangreiche Rechtsbeiträge beigesteuert – zu Sexualität und Partner*innenschaft und zu den rechtlichen Rahmenbedingungen für Verhütung, Familienplanung und Elternschaft von Menschen mit Behinderung. Weil Rechtssicherheit im Einsatz für (sexuelle) Selbstbestimmung stärkend für Menschen mit Behinderung wie für ihre Verbündeten in den Institutionen ist, freuen wir uns darüber sehr. Julia Zinsmeisters Beiträge waren schon im Buch von 2013 die meistgelesenen und geben sicher auch heute wieder für menschenrechtliches Handeln Wind in die Segel.

Welche „neuen“ Themen sind denn dazugekommen?

Frank Herrath:

Lena Cornelissen schreibt über Queerness, Reiner Delgado zur Bedeutung von Seheinschränkungen für sexuelles Leben, Charlotte Zach und Dunja Reichert als körperbehinderte Aktivistinnen, Tanja Drusell zum Sitz des Themas Sexualität im Leben von Menschen mit erworbenen Hirnschäden. Ilona Westphal erläutert schlüssig, wie Förderung von sexueller Selbstbestimmung bei komplexer Behinderung gelingen kann und Nicola Döring entfaltet, welche Chancen und Risiken sich für Menschen mit Behinderung ergeben, wenn sie in digitalen Kontexten sexuell aktiv sind. Es gelang uns mit dem neuen Buch noch besser, die Wirkung von Beeinträchtigungen für sexuellen Leben differenziert zu entfalten.

Sind weitere Dozierende aus dem Institut vertreten?

Kathrin Brönstrup:

Besonders freut es uns, dass Gudrun Jeschonnek als jahrelange Institutskollegin ihren Text über Sexualassistenz aktualisierend bearbeitet hat. Gut ergänzt wird ihr Beitrag durch ein Interview mit Tanja Hoyer - einer Sexarbeiterin, die aus der Praxis berichtet. Mit Jens Brörken, Ralf Specht, Jörg Nitschke, Ilona Westphal und Beate Martin sind weitere in unseren Fort- und Weiterbildungen und aktive isp-Kolleg*innen mit Beiträgen vertreten.

*Das Thema Gewaltschutz ist in den Einrichtungen gerade oben auf.
Was findet sich dazu im Buch?*

Kathrin Brönstrup:

Das Kapitel „Diskriminierungen und Gewalt“ hat fünf Beiträge.

Je enger Menschen mit Behinderungen institutionell betreut werden, desto höher ist ihr Risiko, von Gewalt betroffen zu sein. Das wird in den Beiträgen von Sandra Glammeier und Maren Kolshorn sowie Martina Puschke mit einem Blick auf Deutschland genauso deutlich wie im Beitrag von Hemma Mayrhofer zur Lage in Österreich. Wie es gelingen kann, ein institutionelles Gewaltschutzkonzept langfristig zu installieren, das nicht bloß auf dem Papier existiert, sondern nachhaltig Wirkung zeigt, beschreibt Maren Seelandt am Beispiel von „Leben mit Behinderung Hamburg“, die 2015 ein solches Konzept erarbeitet haben und es seither weiterentwickeln und alltagswirksam machen.

Unabhängig vom speziellen Ziel, sexuelle Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung zu verbessern - findet sich ein politischer „Hauptauftrag“, um wirklicher Inklusion näher zu kommen?

Frank Herrath:

Ja. Wir teilen die Einschätzung von Sigrid Arnade, die als langjährige Aktivistin für den Deutschen Behindertenrat an den Verhandlungen zur UN-BRK und an den bisherigen Staatenprüfungen beteiligt war.

Sie sagt am Ende ihres Interviews für unser Buch:

„Die Wichtigkeit der Deinstitutionalisierung ist deutlich geworden – hinsichtlich der generellen Umsetzung der UN-BRK und auch in Bezug auf sexuelle Selbstbestimmung. Gerade auf dem Hintergrund der sich in Deutschland, Europa und auch weltweit immer stärker ausbreitenden rechten Tendenzen ist es umso wichtiger, dass wir von diesen Großeinrichtungen wegkommen.“

Behinderte Menschen müssen Kolleginnen und Kollegen sein, in der Nachbarschaft wohnen, als Mitschülerinnen und Mitschüler in einem inklusiven Bildungssystem erlebt werden. So können sie gegen menschenverachtende Tendenzen geschützt werden, die wieder aufflammen könnten.

Als ich zur Schule ging, dachten wir: So etwas wie das dritte Reich, Euthanasie, Holocaust – das wird es nicht wieder geben, Deutschland hat gelernt, das geschieht nie wieder. Inzwischen bin ich da nicht mehr so überzeugt.

Auch, um dem vorzubeugen, brauchen wir die Deinstitutionalisierung.“